Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 135. | Dresden, Mittwoch den 15. Juni 1910. | 21. Jahrg.

Hieb auf Hieb.

Hieb auf Hieb saust nieder auf die Reaktionsparteien. Auch die Wähler im zweiten Wahlkreise des Großherzogtums Hessen, Friedberg-Büdingen, haben am Dienstag den Reaktionsparteien eine schwere Niederlage bereitet und sind in größerer Zahl als jemals für die Sozialdemokratie eingetreten.

Der Telegraph meldet:

Friedberg (Hessen), 14. Juni, 10½ Uhr abends. Bei der Reichstagsersatzwahl im Kreise Friedberg-Büdingen erhielt Prof. v. Calker (natl.) 4379, Dr. v. Helmolt (Bund der Landw.) 6310, Busold (Soz.) 6419 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Dr. v. Helmolt und Busold statt. Die Wahlergebnisse aus drei kleineren Orten stehen noch aus.

Die Ersatzwahl wurde durch den Tod des Grafen Oriola erforderlich, der den Kreis seit 1898 ununterbrochen im Reichstag vertreten hat. Graf Oriola gehörte der nationalliberalen Fraktion an, war aber zugleich eifriges Mitglied des Bundes der Landwirte; er war ein „agrarischer Nationalliberaler". Bei den vorjährigen Steuerkämpfen geriet er schließlich so sehr in Konflikt mit der Mehrheit seiner Fraktion, daß er schließlich aus ihr austrat.

Bei der letzten Hauptwahl im Januar 1907 war das Ergebnis im ersten Wahlgang folgendes gewesen: Oriola erhielt 8492 Stimmen, der Sozialdemokrat 7234, ein freisinniger Kandidat 1472 und ein antisemitischer Kandidat 3299 Stimmen. In der Stichwahl siegt Oriola mit 11 515 Stimmen gegen 8524 sozialdemokratische Stimmen.

Bei der jetzigen Ersatzwahl ergab sich bei den bürgerlichen Parteien eine neue Situation, indem das agrarische und das nationalliberale Element sich trennten. Der Bund der Landwirte stellte eine eigene Kandidatur auf, da die nationalliberale Kandidatur ihm nicht genug agrarisch war. Die Fortschrittliche Volkspartei entsagte zugunsten des Nationalliberalen, die Antisemiten zugunsten des Bündlers.

Rein zahlenmäßig ist das jetzige Wahlergebnis für die Nationalliberalen geradezu vernichtend. Sie haben fast die Hälfte ihrer Stimmen von 1907 verloren. Dabei ist allerdings nicht zu vergessen, daß die nationalliberalen Stimmen von 1907 zum großen Teil überhaupt keine wirklich nationalliberalen waren, sondern bündlerische. Gleichwohl ist **die Niederlage der Nationalliberalen überaus schwer.** Vor allen Dingen ist deutlich, daß die Wähler weit entfernt sind, in den Nationalliberalen ernsthafte Bekämpfer der konservativ-klerikalen Reaktion zu erblicken. Der Straßburger Jurist Professor von Calker ist gewiß ein persönlich schätzenswerter Mann, aber die Wähler wenden sich mit Entrüstung von den schwankenden Bassermannschen Gestalten ab, die, wenn es irgendwo ernst wird, sich doch immer wieder auf die reaktionäre Seite schlagen. Die nationalliberale Niederlage ist noch um so schwerer, da auch der Zuzug von der Fortschrittlichen Volkspartei ihr nichts genutzt hat. Auch die Fortschrittliche Volkspartei muß die Erfahrung machen, daß sie sich selbst außerordentlich im Volk schädigt, wenn sie sich mit den Nationalliberalen verbündet.

Aber schwer ist auch der Mißerfolg des Bundes der Landwirte. Da die früher antisemitischen Bauernstimmen doch zum größten Teil jetzt für den Bündler abgegeben worden sind, so ist die Stimmenzahl von 6310 für Dr. Helmolt keineswegs günstig. Auch die Kleinbauern beginnen den bündlerischen Trug zu durchschauen.

Nehmen wir alle nicht-sozialdemokratischen Parteien zusammen, so haben diese Parteien 1907 eine Stimmenzahl von 13268 erreicht, jetzt aber nur 10 689. Also **eine Abnahme um mehr als 2500 Stimmen.** Die Sozialdemokratie dagegen hat **eine Zunahme um mehr als 2000 Stimmen.** Das ist für unsere Partei ein neuer schöner Erfolg, errungen noch dazu auf dem schwierigen Terrain eines überwiegend ländlichen Wahlkreises.

In der bevorstehenden Stichwahl müßten die Liberalen vollzählig zu den Bündlern übergehen, wenn deren Sieg ermöglicht werden soll. Täten die Liberalen dies, so würden sie sich nur abermals schwer kompromittieren. Es ist aber zu hoffen, daß die Sozialdemokratie, die einen bedeutenden Vorsprung hat, den Wahlkreis erobern und die Erbschaft des Grafen Oriola antreten wird, der so oft gegen unsere Partei aufgetreten ist. Es wäre auch sehr betrübend, wenn die deutschen Wähler nach all den Missetaten der Reaktion nicht den rechten Weg finden würden.

* * *

In heftigen Stichwahlschmerzen

ringt die Fortschrittliche Volkspartei ob der Entscheidung, vor die ihre Wähler im Kreise Ueckermünde-Usedom gestellt sind. Die Konservativen drohen mit künftiger Rache, falls die Fortschrittler nicht für den konservativen v. Böhlendorff in der am 17. Juni stattfindenden Stichwahl eintreten und ihm den Sieg über den Sozialdemokraten bereiten. Andrerseits fürchten die Fortschrittler die Volksstimmung, die sich für den Fall ihres Eintretens für den Konservativen aufs heftigste gegen sie kehren wird. In dieser Not haben sich die Fortschrittler entschlossen, einen Entschluß nicht zu fassen.

Im Wahlkreise Ueckermünde-Usedom selbst gab es in dieser Frage eine heftige Auseinandersetzung. Der freisinnige Kandidat Justizrat Herrendörfer, der aus der Stichwahl ausgefallen ist, empfahl in einer Versammlung in Swinemünde die Wahl des konservativen Kandidaten. Die Mehrheit der Versammelten jedoch erklärte, „der Sozialdemokrat sei das kleinere Uebel". Schließlich wurde ein Beschluß gefaßt, daß es den liberalen Wählern überlassen bleiben soll, „ihre Stimme nach eigenem Ermessen abzugeben".

Auch die Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei verhält sich völlig passiv und wagt keine klare Entscheidung. Das Berliner Tageblatt sagt ganz richtig: „Mit ewiger Unklarheit und Unentschiedenheit schafft man keine volkstümliche Bewegung, und man darf sich nicht wundern, wenn die mit solch lendenlahmem Diplomatisieren nicht einverstandenen Wähler zu anderen Parteien übergehen." Nämlich zur Sozialdemokratie!

Die Herrschaft der Arbeiter in Australien.

Karl Marx hat die Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen daraufhin folgende Mehrheitsherrschaft nicht als einen naturgemäßen Zustand der Demokratie, sondern ausdrücklich als eine „Diktatur" des Proletariats bezeichnet, die nur ein Uebergangsstadium zur sozialen Demokratie darstellen kann. Demokratie im Sinne der Sozialdemokratie schließt eben jedwede „Herrschaft", auch die einer Mehrheit, aus. Aber solange es Klassen mit großen Klassengegensätzen gibt, so lange werden auch die Klassenkämpfe dauern, bei denen es sich in letzter Linie ja immer nur um die Herrschaft der einen Klasse über die andere handeln kann, und so lange wird es deshalb auch eine Klassenherrschaft geben. Erst die Ueberwindung der Klassen durch den Sozialismus wird auch die Klassenherrschaft aufheben. „Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden", heißt es im Kommunistischen Manifest, „und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern." Wenn das Proletariat aber im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereine und die alten Produktionsverhältnisse aufhebe, so hebe es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassenkampfes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. Oder, wie Friedrich Engels in seinem Anti-Dühring sagt: „Damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat." Unter der kapitalistischen Produktionsweise kann aber immer nur in Frage kommen, welche Klasse die politische Herrschaft an sich zu reißen vermag.

Bisher war die politische Macht überall in den Händen der besitzenden Klassen. Wie der Draht jedoch kürzlich meldete, hat in Australien bei den Wahlen für das australische Bundesparlament die Arbeiterpartei wieder gesiegt, und zwar mit 18 Sitzen Majorität, so daß ihre Regierungszeit voraussichtlich diesmal von längerer Dauer sein wird als das letztemal. In Australien gibt auch seit mehreren Jahren schon die Arbeiterpartei in der Politik den Ausschlag, und in Neu-Seeland, das sich dem australischen Staatenbund noch nicht angeschlossen hat, besteht die „Herrschaft" der Arbeiter zweifellos bereits seit dem Jahre 1893. Das Schreckgespenst unserer Gegner, das jede Kapitalistenseele erzittern macht, ist also bereits zu einer leibhaftigen Wirklichkeit geworden, und es läßt sich ermessen, welche Folgen ein solcher Zustand hat.

Es ist hier nicht erforderlich, zu untersuchen, ob die australischen Arbeiter im vollen Sinne Sozialisten sind oder nicht. Sie nennen sich selbst Sozialisten, und die Arbeiterpartei hat ein Programm, das alle und noch weitergehende Forderungen enthält wie der zweite Teil des Programms der deutschen Sozialdemokratie. Das Programm der Arbeiterpartei von Neusüdwales vom Jahre 1907 verlangt u. a. auch die Errichtung von staatlichen Eisenwerken, die Errichtung von Staatsfarmen und Arbeiterkolonien, die Errichtung von staatlichen Wollspinnereien und Tuchfabriken, die Verstaatlichung jeglicher Industrie, die zum Privatmonopol wird, die Verstaatlichung des Bodens und des Kohlenbergbaus usw.

Eine sozialistische Oase in einer kapitalistischen Wüste kann natürlich die Produktion in Australien nicht bilden. Das Land ist so groß wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika und hat nicht viel mehr (weiße) Einwohner als das Königreich Sachsen. Die Produktion entwickelt sich noch kapitalistisch. Australien ist noch ein kapitalistisches Land. Aber unter der politischen Herrschaft der Arbeiter zeigt uns Australien, was selbst eine kapitalistische Gesellschaft bieten kann, wenn sie dazu gezwungen wird, was die politische Macht der Arbeiter auch unter solchen Zuständen gutes zu schaffen vermag und schafft.

In Australien und vor allem in Neu-Seeland ist infolge des Einflusses der Arbeiter der gesetzliche Achtstundentag seit längerer Zeit eingeführt. Wie in England und in Amerika werden auch am Sonnabend mittags alle Fabriken geschlossen. Aber da am Sonnabend nachmittags die Verkaufsläden offen sein müssen, damit die Arbeiter ihre Einkäufe besorgen können, ist in Neu-Seeland auch ein Gesetz beschlossen worden, das bestimmt, daß an einem anderen Wochentag nachmittags die Verkaufsläden geschlossen werden, um auch den Verkäufern neben dem freien Sonntage noch einen halben freien Tag in der Woche zu sichern. Meistens wird der Mittwoch hierzu gewählt. Und die Regierung sieht äußerst streng darauf, daß das Gesetz beachtet wird. In Neu-Seeland bestehen Mindestlöhne für alle Arbeiter. Auch andere Staaten Australiens haben Mindestlöhne festgesetzt. Die Arbeiterschutzgesetze in Australien sind die am meisten weitgehenden von allen Ländern. Und in keinem anderen Lande werden sie so streng durchgeführt. In Neu-Seeland, das nur rund eine Million Einwohner hat, sind ein Generalinspektor und 150 Lokalinspektoren mit der Kontrolle der Arbeitsverhältnisse betraut. Sie haben überall und zu jeder Stunde Zutritt, und der Arbeitgeber muß immer in der Lage sein, ihnen eine Liste seiner Angestellten vorzulegen, welche gleichzeitig das Alter derjenigen, die weniger als 20 Jahre alt sind, und den Wochenlohn aller Beschäftigten angeben muß. In jeder Werkstatt muß die Adresse des zuständigen Inspektors deutlich sichtbar angebracht sein, damit es jedem Arbeiter möglich ist, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. „Das Amt des Inspektors ist durchaus kein Ruheposten," schreibt André Siegfried*, „andrerseits ist aber auch seine Machtbefugnis mehr als ein bloßer Schein. Unterstützt von den Organisationen, der Regierung und oft auch von der öffentlichen Meinung, finden sie leicht Mittel und Wege, um ihren Ratschlägen Gehör zu verschaffen und ihre Entscheidungen zur Durchführung zu bringen. Haben sie doch die ganze Macht des Staates hinter sich!" Und „der Staat" sind die Arbeiter! Das Fabrikgesetz beschäftigt sich auch mit der Hygiene der Werkstätten, der Sauberkeit, Ventilation usw., und in jeder Fabrik, in der mehr als sechs Frauen beschäftigt werden, muß ein besonderes Speisezimmer vorhanden sein. Das Altersversorgungsgesetz von Neu-Seeland ist das beste aller bestehenden. Die Schiedsgerichte haben die Streiks auf eine sehr geringe Zahl beschränkt. Aber die Unternehmer dürfen auch fast nur noch organisierte Arbeiter beschäftigen.

Wie sich die Arbeits- und Lohnverhältnisse unter der Herrschaft der Arbeiter bedeutend gebessert haben, so hat sich aber auch das geistige Leben entwickelt. Prof. Schachner weist in seinem vortrefflichen Werk über Australien** nach, daß die Leistungen der Regierung, das Volksleben durch ein ausgezeichnetes Bibliothekwesen, das sich bis in die kleinsten Orte erstreckt, zu heben, von großer Bedeutung sind. Viktoria, Neusüdwales, Queensland und Neu-Seeland bieten allen öffentlichen und privaten Bibliotheken Zuschüsse an. „Dank dieses Verständnisses für das Bibliothekswesen hat dieses eine Ausdehnung bekommen, die unser deutsches weit übertrifft." Demokratien, meint Schachner an anderer Stelle sehr richtig, haben ein besonderes hohes Interesse an der Bildung des Volkes, aus dem alle Faktoren des Staatslebens hervorsteigen.

Nicht immer war es so in Australien. Die Ausbeutung der Arbeiter hatte früher die schrecklichsten Zustände gezeitigt. Wenn es jetzt anders geworden ist, so ist das allein dem Einfluß, der politischen Macht der Arbeiter, der „Diktatur des Proletariats" zuzuschreiben. In ganz Australien hat jeder weiße Bewohner vom 21. Lebensjahre an — in Neu-Seeland auch die Eingeborenen — das Stimmrecht. Die Einführung des Frauenstimmrechts ist das Verdienst der Arbeiterpartei. Alle Kenner stimmen aber darin überein, daß die „Herrschaft" der Arbeiter nun — wenn zunächst auch noch mit Unterbrechungen — für alle Zukunft sicher sei. Und Schachner, der Australien besuchte, berichtet: „Australiens öffentliches Leben haucht einen gesunden Atem."

Die Unternehmer gehen bei diesem Zustande keineswegs zugrunde. „Wohl kann man annehmen," schreibt Siegfried in dem erwähnten Werk über Neu-Seeland, „daß viel Kapital aus Furcht vor Schwierigkeiten, welche die Arbeiter ihm bereiten könnten, der Kolonie den Rücken gekehrt hat. Aber das sind eben nur Annahmen. Man kann dagegen Beispiele dafür vorbringen, daß neue Unternehmungen entstanden sind und schon vorhandene Industrien sich weiter entwickelt haben. Wir sehen also Kapitalisten vor uns, welche keine Furcht davor gehabt haben, sich in neue geschäftliche Unternehmungen einzulassen, und welche damit bewiesen haben, daß Neu-Seeland noch immer ein Land ist, wo man sein Geld gut anlegen kann." Die Mehrzahl der Industrien befindet sich aber auch in einer Periode des glänzenden Aufschwungs — unter der „Diktatur des Proletariats".

Die australischen Arbeiter vertreten aber auch den ganz vernünftigen Standpunkt, den Reeves in einem Artikel über die Arbeiterfragen vertreten hat. „Wenn die Industrien", sagte er, „nicht zu gedeihlicher Entfaltung gelangen können ohne übermäßige Arbeitsleistung der Frauen, Kinder und Männer, und ohne daß alle die Uebelstände der alten Welt auch auf uns übergehen, nun, dann werden wir uns besser dabei befinden, wenn wir sie entbehren. Ich würde es lieber sehen, daß Neu-Seeland eine Million Einwohner hat, die glücklich und zufrieden sind und denen es gut geht, als daß es zwei Millionen hätte, die zum Teil in unsauberen Straßen, in schmutzigen Löchern, umgeben von finsterer Armut, leben."

Mit der Befestigung der politischen Macht der Arbeiter wird es diesen aber auch immer mehr möglich, ihre Pro-

* Neu-Seeland. Berlin, Karl Heymanns Verlag, 1909. Moderne Wirtschaftsprobleme, Band 3.

** Australien in Politik, Wirtschaft, Kultur. Von Dr. Robert Schachner. Jena, Verlag von Gust. Fischer 1909.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100615/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG